

EU: Auf dem Weg zur Kriegsunion

Gefahr für Österreichs Neutralität und den Frieden in Europa

Veranstaltung der "Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg" und des "Österreichischen Solidaritätskomitees" am 9. Mai 2019 im Amerlinghaus in Wien.

Zusammenfassung der Stellungnahmen der Podiumsteilnehmer*innen



Podiumsdiskussion vom 9. Mai 2019 – Auszüge

Thomas Roithner – Friedensforscher

„... Ob man das will oder nicht: Wer heute mehr Europäische Union fordert, fordert automatisch, leider, zwangsläufig auch mehr Militär. Ich möchte klären, warum das so ist und was man tun kann.

Wir befinden uns gerade inmitten einer Phase, die im Juni 2016 begonnen hat und bis Anfang 2021 dauern wird. Warum dieser Zeitraum? Im Juni 2016 haben zwei Ereignisse stattgefunden: das eine war das Referendum in Großbritannien über den Austritt aus der EU. Großbritannien hat stets gesagt, dass deren Sicherheit transatlantisch organisiert ist. Was bedeutet, dass USA und NATO immer mit am Tisch sitzen. Großbritannien ist dagegen, dass die EU autonom agiert und für ihr militärisches Intervenieren, Eingreifen und militärisches Aktivwerden die NATO nicht benötigt. Der zweite Beschluss, der im Juni 2016 gefallen ist, ist der über die Globalstrategie der EU. Da ist der Plan, dass im gesamten militärischen Spektrum an land-, luft- weltraum- und seeseitigen Fähigkeiten alle wichtigen Ausrüstungen notwendig sind. Seit diesen beiden nun gemeinsam zu sehenden Entscheidungen vom Juni 2016 geht es mit der militärischen Entwicklung der EU sehr rasch. Und diese Phase dauert bis zum Beginn der neuen Haushaltsperiode ab 2021 an. Dann wird die Entwicklung aus heutiger Sicht noch rascher gehen. Katalysator dieser Entwicklung sind – wie gesagt – erstens das Austrittsreferendum in Großbritannien, zweitens die US-Politik seit der Präsidentschaft

Trump, drittens die Versicherheitlichung der Frage, dass Menschen vor Armut und Krieg davonlaufen und viertens der Aufstieg Chinas. Die EU zieht die Konsequenz: Mehr Muskeln und operative Truppen. Einige EU-Staaten wollten schon lange ein militärisches EU-Hauptquartier. Die Briten sagten stets, dass sie kein Hauptquartier benötigen und alles mit der NATO besprechen. Ohne die Briten gibt es nun zumindest für einen wesentlichen Teil der Einsätze das militärische Hauptquartier. Bei Auslandseinsätzen gibt es zahlreiche Entwicklungen. Erstens wurden seit 2003 etwa drei Dutzend Auslandseinsätze getätigt. Ein Drittel sind militärisch, zwei Drittel zivil. Doch 80 % des gesamten eingesetzten Personals sind Militärs. Zweitens, die EU-Battlegroups. Sie sind u.a. für schwere Kampfeinsätze, man trainiert sie seit gut 10 Jahren, aber sie wurden noch nie eingesetzt. Der Grund: politische und finanzielle Uneinigkeit. Nun ist Großbritannien draußen und das Kostenproblem ist gelöst. Einsätze der EU-Battlegroups sind künftig Gemeinschaftskosten und nicht primär nationale Kosten. Und ein dritter Punkt ist die militärische Mobilität. Es geht um den Transport von schweren Waffengattungen. Ein Panzer – der Leopard wiegt 60 Tonnen – kann nicht einfach quer durch die EU transportiert werden. Es werden verstärkte Straßen, Schienen oder Brücken benötigt. Deswegen soll das nun alles für das Militär fit gemacht werden, quasi als „militärisches Schengen“ und Rüstung kann sich frei in der EU bewegen. Für die Haushaltsperiode 2021 – 2027

sind dafür 6,5 Milliarden Euro veranschlagt. Wichtig ist festzustellen, dass dies ein Budget ist, welches es vorher nicht gab, also neues Geld ist. Im Bereich Einsätze gibt es auch die sog. „Peace Facility“. Ziel sind globale Militäreinsätze, die im Interesse der EU sind, diese aber nicht von der Union durchgeführt werden. Anderen Akteuren werden Training, Ausrüstung oder militärische Infrastruktur bezahlt. Auch das ist ein Budget, das es bisher nicht gab, nämlich 10,6 Milliarden für die Periode von 2021 – 2027. Der Trick: es ist es „EU off-budget“. Ohne Großbritannien ging's auch hier sehr schnell.

Die Einsätze waren der erste Teil und jetzt sprechen wir über die Rüstung. In der kommenden Haushaltsperiode 2021 – 2027 stehen für Forschung und Entwicklung von Rüstung 13 Milliarden Euro zur Verfügung. Für Forschung werden 4,1 Milliarden investiert, wobei die EU für die beschlossenen Projekte 100 % bezahlt. Die Entwicklung von Rüstung ist mit 8,9 Milliarden Euro eingeplant. Die Entwicklungskosten werden zwischen 20 und 80 % von der EU übernommen. Natürlich ist das Geld der Steuerzahler aus den Nationalstaaten und auch das ist ein Budget ab 2021 – im geringeren Maß auch bereits vorher –, welches es bisher nicht gab. Wenn die EU bei der Entwicklung nur einen Teil bezahlt, müssen die Mitgliedstaaten den Rest bezahlen. Wir reden von einem Gesamtbetrag von rund 50 Milliarden Euro. Und erst dann müssen wir uns Gedanken machen, wer diese Rüstung eigentlich kauft. Und das wird dann richtig teuer.

Unsere Aufmerksamkeit müssen wir auch auf das militärische Kerneuropa – die Ständig Strukturierte Zusammenarbeit oder PESCO – richten. Dabei geht es u.a. um eine Eurodrohne, EuroArtillery oder einen EU-Kampfhubschrauber. Fixes Vorhaben für die teilnehmenden Staaten – darunter auch Österreich – ist die reale Aufstockung der Verteidigungshaushalte. Darüber hinaus geht es auch um die Entwicklung eines neuen Kampfjets, dem Nachfolger des Eurofighter. Je mehr Rüstung erzeugt wird, desto niedriger die Stückkosten, desto höher auch die Rüstungsexporte. Nach den USA verkaufen die EU-Staaten die zweitmeisten Waffen in alle Welt, nämlich 27 %. Die vorige EU-Außenbeauftragte Catherine Ashton hat gesagt: „Wer den Frieden will muss sich rüsten.“ Und genauso schaut das Programm der EU aus. PESCO gibt es eigentlich seit dem Vertrag von Lissabon 2007. Seit dem Referendum in Großbritannien sind die Projekt allerdings erst operativ.

... Zum Friedenserhalt haben wir in Österreich ein ganz wichtiges Instrument: Die immerwährende Neutralität. Im Kern ist die Neutralität ein Ausdruck einer Haltung der Kriegsverweigerung. Und so sollen wir sie benutzen in der EU. 80 % der Menschen sehen die Neutralität als „sehr wichtig“ oder „eher wichtig“. Jedoch wissen sehr viele Menschen wenig über den militärischen Charakter der EU. Diese Lücke gilt es zu schließen ...

Die Neutralität ist ein Projekt zur Verweigerung von Krieg. Auch in Friedenszeiten hat ein dauernd neutraler Staat dafür zu sorgen, im Kriegsfall – zwischen wem, wann und wo auch immer – Handlungsspielräume zu wahren. Das bedeutet auch, aktive Beiträge zur zivilen Krisenprävention zu leisten.

Sie kennen alle den Spruch: „Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin“. Heute könnte das abgewandelt werden: „Stell dir vor, es ist Krieg und er heißt nicht mehr Krieg“! Es werden humanitäre Interventionen durchgeführt, es werden Stabilisierungsmaßnahmen getätigt, es wird Krisenmanagement gemacht, wir projizieren unsere Streitkräfte oder nehmen Schutzverantwortung wahr. Es wird stark verklausuliert, um was es da tatsächlich geht: Um Truppen-Entsendungen zur Wahrung von Interessen. Die Neutralität ist hier besonders wichtig.

Leonard Nimoy, Mr. Spock würde sagen: Neutralität – lebe lange und in Frieden. Danke.

In Österreich gibt es etwa 11.000 Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie. Mit den dahinter liegenden Arbeitsplätzen sind wir bei 20.000. Bei ca. 3,7 Millionen Beschäftigten sind das nur 0,3 % der direkt dort Tätigen. Das sind meist hochspezialisierte Kräfte, die sind gefragt. Sie finden zum Teil sicher leicht einen anderen Arbeitsplatz. Das heißt, dass das so schwerwiegende Arbeitsplatzargument in der Rüstungsindustrie so schwerwiegend nicht ist.“

Sara Tavares da Costa – Young European Socialists

„ ... Ich würde es auch gern an der Frage festmachen, wie unkritisch man der EU als gesamtes Projekt gegenübersteht. Ich kann das nicht zwingend nur in der Frage der Friedens- und Kriegspolitik sondern in der EU als Gesamtes festmachen, weil ich glaube dass viele sich auch nicht die Frage beantworten können für wen die EU überhaupt Politik macht, und wenn man sich diese Frage nicht richtig beantworten kann, nämlich für die Konzerne, dann wird man auch eine schwierige Positionierung gegenüber der Frage wie steht man zum Beispiel zu einem EU-Heer, finden. Weil man dann auch nicht sieht, für wen dieses EU-Heer arbeiten wird, nämlich sicherlich nicht für die Mehrheit der Bevölkerung. Prinzipiell fordern wir – da werden wir uns schnell einig - die Abkehr von Aufrüstung, ein Stopp der Waffenexporte, auch eine Neuverhandlung dieser gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Der Begriff der Neutralität wird ebenso wie der Begriff der Demokratie von konservativen Kräften immer mehr ausgehöhlt ...“

Marcus Strohmeier – ÖGB

„ ... Für die Menschen in Europa ist das Wichtigste an der Europäischen Union, das sagen spontan 60-70% der Menschen – die Friedensunion – der Frieden in Europa. Die EU verkauft sich auch als Friedensunion, ...die Politikerinnen und Politiker betonen...dass dank der EU der Frieden in Europa

besteht, wobei dieser Friede in Europa ja auch wie wir wissen nur eine Fiktion ist, nachdem 600 km von hier ein Land unter einem Bürgerkrieg leidet, das ist ja nicht weit entfernt, das ist näher als Vorarlberg von Wien, also, der Krieg ist schon zurückgekehrt nach Europa (Ukraine-Konflikt). Er ist Tatsache in europäischen Ländern.

Also, die europäische Union als Friedensprojekt – ja, ist sie das auch wirklich? Die große Stimme der europäischen Union die Frau Merkel hat gesagt: Es muss eine europäische Armee geben. Wenn Frau Merkel ... das sagt, zumindest blickt alles nach Deutschland und Frankreich, wenn es um die Zukunft der EU geht, dann wird mir Angst und Bang. Und Angst und Bang wird mir auch, das hat nicht die schwarz/blau Regierung gebracht, sondern schon die rote/schwarze Regierung gemacht, nämlich der Pesco beigetreten. Der frühere Bundesminister Doko... hat sich dafür stark gemacht, dass wir dieser Militärunion beitreten und mit alledem was damit verbunden ist. Wir sind Teil der europäischen Armee die sich jetzt im Aufbau befindet. Letzten Sommer wurden 15 Kampfhubschrauber angeschafft worden, als Katastrophenhilfe. Hubschrauber für Katastropheneinsätze schauen anders aus, die sind eher breiter und bieten mehr Platz für Transportkapazitäten. Wir wissen auch wie Kampfhubschrauber aussehen. Wir haben 15 Kampfhubschrauber gekauft! Es ist ganz eindeutig, dass hier versucht wird die österreichische Neutralität weiter auszuhöhlen ... Das ist etwas, was 25 oder 30 Jahre bereits betrieben wird, auch Sozialdemokraten, die ÖVP und die FPÖ sowieso, betreiben es mit großer Verbissenheit. Einer der negativen Höhepunkte war, dass die SPÖ ein Berufsheer fordert ... Es geht in Wirklichkeit um die Neutralität, die Politiker*innen trauen sich nicht das offen zu nennen, denn wie bereits gesagt wurde, die Neutralität ist bei 80% der Menschen doch verankert. Das ist eine der großen Erfolge von der österreichischen Friedensbewegung in den 1980iger und 1990iger Jahren, die Neutralität dermaßen in den Köpfen der ÖsterreicherInnen zu fixieren, dass es undenkbar für österreichische Politiker*innen ist, die österreichische Neutralität jetzt abzuschaffen. Aber sie tun alles Mögliche und was in ihrer Kraft steht, die Neutralität zu untergraben. Mit dem Beitritt zu Pesco sehen wir die Auswirkungen, wir haben derzeit über 1.000 Soldaten im Ausland stationiert. Viele Missionen davon sind keine Friedensmissionen. Eine Mission ist z.B. an der ungarisch/serbischen Grenze Flüchtlinge zu jagen. Das ist für mich kein Neutralitätsprojekt und schon gar kein Friedensprojekt, dass man dort Flüchtlinge jagt. Diese Projekte sind auch Teil des Pesco-Vertrages und dort werden auch unsere Soldaten eingesetzt und das ist natürlich verwerflich. Als ÖGB haben wir auch entsprechende Beschlüsse am ÖGB-Kongress gefasst, das klare Bekenntnis zur Neutralität (steht auch im ÖGB-Statut und im ÖGB-Programm). Wenn

Politiker weiter versuchen, die Neutralität schleichweise abzutragen, werden wir auch immer davor mahnen und warnen. Es ist natürlich ungleich schwerer, denn ... Sie dürfen nicht vergessen, als Gewerkschaft hat man auch seine Verpflichtung gegenüber Arbeitnehmern, über 100 Unternehmen in Österreich produzieren für die Rüstungsindustrie. Ich bin sehr traurig darüber, ich würde mich freuen, wenn sie etwas anderes herstellen. Zum Beispiel in Simmering haben wir immer noch ein Panzerwerk. Ich weiß nicht wozu wir ein Panzerwerk brauchen, eine Panzerproduktion ...

Die Sozialpartnerschaft ist momentan in einer schweren Krise. Wir hatten zwei Gremien der Sozialpartnerschaft, den Beirat und den Internationalen Ausschuss, dem ich auch vorgesessen bin. Die Wirtschaftskammer hat dieses zweite Gremium einseitig aufgekündigt. Warum ist das so wichtig? Österreich ist ein Exportland mit 70% Produktionsexport. Das heißt, wir haben im Gremium sehr viel zu bereden gehabt ... Als es den Ausschuss noch gegeben hat, habe ich über die Rüstungsindustrie sprechen wollen! Das erste was von der Wirtschaftskammer gekommen ist: Was sagst Du hier Rüstungsindustrie? Das sagt man nicht. Ich: Wie sagt man sonst dazu? Antwort: Das ist eine Sicherheitsindustrie. Meine Antwort war darauf: Das muss aber sehr sicher sein, denn ich habe die Bilder noch im Kopf wie die IS-Terroristen mit österreichischen Pandur-Panzern in Kirkuk (Nordirak) einmarschiert sind. Da habe ich gesagt: Das muss eine ganz besondere Sicherheitsindustrie sein, wenn Terroristen mit unseren Panzern in Irakische Städte einmarschieren. Da dürfte einiges fehl laufen. Das wissen wir seit dem Noricum-Skandal, dass in unserer Rüstungsindustrie einiges fehl läuft und auch das ist eine Untergrabung der Neutralität und eine Ignoranz gegenüber einer friedliebenden Politik.

... Es gibt auch kein Interesse vom Außenministerium eine aktive Neutralitätspolitik zu betreiben. Was furchtbar schade ist. Das was uns unterscheidet von den anderen Ländern in der Europäischen Union ist die Neutralität, ist das Image, das unter Bruno Kreisky mühsam aufgebaut wurde. Es ist das Image einer vermittelnden Nation. Als die Atomgespräche in Wien mit dem Iran waren, das war etwas, was ich sehr positiv empfunden habe. Da wurde angeknüpft an dieses Image, das wir in den letzten zwei Jahrzehnten leider verspielt haben oder dabei sind es vollständig zu verspielen. Da sehe ich eine große Chance. Was wir jetzt haben ist eine Europäisierung Österreichs. Das ist auch in der Politik der Fall. Wir machen nichts anderes als dass wir das kapitalistische, neoliberale Modell vollständig in Österreich übernehmen, dazu gehört auch eine europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik und das ist natürlich anzuprangern. Der ÖGB wird sich im Herbst bemühen, wieder ein bisschen mehr

punkto Friedensbewegung und Frieden zu tun. Weil wir auch da, wie die ganze österreichische Friedensbewegung, ein bisschen eingeschlafen sind. Alle gemeinsam schaffen wir es vielleicht, unsere Friedensbewegung ein bisschen aus dem Schlaf wach zu küssen. Da können wir noch etwas mehr tun ...

Neutralität – ist die große Waffe, die wir haben. 80% der Menschen stehen dahinter, das ist super für uns – so schlecht stehen die Chancen ja überhaupt nicht, dass wir die Menschen für Friedensprojekte, Neutralitätsprojekte, Neutralitätspolitik begeistern können ... Die Neutralität zu verteidigen sehe ich auch als große Chance. Die Bevölkerung hat ja keine Ahnung was Pesco heißt, ... bis auf eine kleine verschwiegene Runde ... Man sollte einfach mehr darüber reden. Es wäre einmal ein Zeichen, wenn wir wieder eine große Demo zusammenbrächten. Fünf-, sechstausend Leute, es wäre ein Zeichen – wir leben. Das muss gut vorbereitet sein und schauen wir einmal wie sich das in nächster Zeit entwickelt. Es liegt auch an uns allen gemeinsam. Da kann man nicht sagen, der ÖGB soll, das wird es nicht spielen, sondern wir alle können und da soll sich der ÖGB nicht ausklammern, aber auch die ändern alle sollen sich nicht ausklammern. Wenn so etwas gelingen kann, dann nur gemeinsam.

Franz Sieder – Kaplan, Betriebsseelsorger, Pax Christi

... Die Neutralität hat für mich einen sehr hohen Wert, und sie ist ein ganz wichtiges Instrument für den Frieden. Österreich ist durch seine Neutralität mehr befähigt, versöhnungsbildend und friedensstiftend in der Welt zu wirken. Bruno Kreisky hat uns das vorexerziert. Er konnte als Friedensstifter zwischen Israel und den Palästinensern viel glaubwürdiger auftreten, weil er aus einer neutralen Position sprechen konnte ... Seit Kreisky haben wir diese Chance für eine aktive Neutralität viel zu wenig genutzt. Wir haben in Österreich sogar eine Art Universität für Neutralität – es ist die Friedensakademie in Stadt Schlaining im Burgenland – dort werden Mediatoren für Konfliktlösung und Friedensvermittlung ausgebildet. Dieses wichtige Instrumentarium der Neutralität wurde aber in den letzten Jahren finanziell ausgehungert. Für mich ist der Grund dafür, dass für die politisch Mächtigen in Österreich die Neutralität kein wirklicher Wert war uns sie haben auch selbst keine bewusste aktive Neutralitätspolitik betrieben.

... Die meisten europäischen Staaten sind bei der NATO – ich persönlich halte nichts von der NATO. Für mich ist sie in einem gewissen Sinn auch eine militärische Okkupation von Europa durch die USA und auch eine große Provokation für Russland ...

Die evangelische Theologin Dorothee Sölle sagte, dass das Unrechtssystem der kapitalistischen Wirtschaft das Militär braucht, um dieses Unrechtssystem aufrechtzuerhalten und abzusichern. Es ist der militärisch-wirtschaftliche Komplex. Je mehr Europa zu einem Wirtschaftskomplex wird, desto mehr drängt es nach einer europäischen Armee ...

... Papst Franziskus kritisiert sehr massiv die Ungerechtigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems, diese Wirtschaft tötet, in dieser Wirtschaft werden Menschen wie Müll entsorgt. Papst Franziskus schreibt auch, dass dieses Wirtschaftssystem der Hauptverursacher der Klimazerstörung ist ...“

Michael Kösten – Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg

„ ... Die Neutralität ist ebenso wie der Staatsvertrag ein Verfassungsgesetz Österreichs. Beides sind Grundpfeiler unserer Demokratie. Die Grundsätze unserer Verfassung: staatliche Unabhängigkeit, Demokratie, Antifaschismus, Antimilitarismus und Neutralität. Die Neutralität wird immer mehr ausgehöhlt, dennoch sind 80% der Österreicher für sie. Die Herrschenden fürchten den Widerstand der Menschen zur Beibehaltung der Neutralität, deswegen führen sie die Neutralität weiter im Mund.

Die EU-Militarisierung schreitet auf Betreiben der Großmächte Schritt für Schritt voran. Der Beschluss von PESCO 2017, der Vertrag den die Herrschenden unterschrieben haben, bedeutet u.a.: Unser Heeresbudget soll längerfristig auf 2% erhöht werden, d.h. statt derzeit 2,6 Milliarden Euro dann über 7 Milliarden Euro. Für die Entwicklung von Forschungs- und Rüstungsgütern der EU wird Österreich allein von 2019 bis 2021 schon ca. 690 Millionen Euro bereitstellen. „*PESCO könnte für das Militär der EU einmal so bedeutsam werden, wie der Euro für die Wirtschaft*“ schrieb dazu die „Berliner Morgenpost“ 2017. Die EU erhöht ihr Militärbudget immer weiter aber sie tut uns das z.T. unter anderen Posten unterjubeln, unter Friedenssicherung, unter dem Flüchtlingsthema, Terrorismusbekämpfung, nicht unter dem Thema Kriegsunion! Bei allen diesen sogenannten Friedensmaßnahmen landen wir dann irgendwann im Krieg. Zum Beispiel der EU-Budgetposten Friedensfazilität – ein schönes Wort – dient dazu, große Teile künftiger Militäreinsätze und die Aufrüstung befreundeter Staaten oder Rebellengruppen zu finanzieren – Budget ca. 10 Mrd. Euro.

Der größte Teil des EU-Militärbudgets wird unter dem Titel Industrieförderungen vergeben. Das ist wahr, für die Rüstungsindustrie ist das eine tolle Förderung. Das neue EU-Rüstungsbudget für 2012 – 2027 beträgt schon ca. 60 Mrd. Euro. Die

Rüstungsausgaben der einzelnen EU-Staaten betragen im Jahr 2017 übrigens ca. 214 Mrd. Euro.

Deutschland, der bestimmende Staat in der EU, u.a. der viertgrößte Waffenexport der Welt, hat allein 2019 ein Heeresbudget von 43 Milliarden Euro ... Zügig wird der deutsch-französisch dominierte militärisch-industrielle Komplex ausgebaut. Es kommt zu einer Zentralisierung der Industrie, zu Fusionen von Waffenkonzernen. Drei große Projekte plant die EU, d.h. vor allem Deutschland und Frankreich:

1. die Euro Drohne
2. neue Kampfpanzer, die den französischen Leclerc und den deutschen Leopard ersetzen sollen ...
3. das neue Kampfflugzeug NWGS, das den französischen Rafale und den deutschen Eurofighter ersetzen soll. Hier erwarten sich die beteiligten Firmen z.B. Umsätze von ca. 500 Milliarden in den nächsten 20 Jahren.

Jetzt hat die Deutsche Bundeswehr gerade mit der Deutschen Bahn ein Abkommen um 100 Millionen Euro vorerst auf zwei Jahre (2019 und 2020) abgeschlossen. Die Bahn reserviert der Bundeswehr 300 Waggons plus Loks für das Potenzial 1.300 jährliche Transporte bereitzustellen und es wurde die Umkehr der Vorfahrtsregel vertraglich festgelegt. Es geht darum eine möglichst schnelle Verlegung von 10.000 und mehr Soldaten plus Geräte an die an Russland grenzenden Staaten zu garantieren. So soll zum Beispiel der Leitverband der NATO-Speerspitze, die deutsche Panzerlehrbrigade 9, so schnell wie möglich an die Ostfront verlegt werden. Das sind 10.000 Soldaten, 150 Kettenfahrzeuge, 3.300 Radfahrzeuge etc. Es geht hier sowohl um Transporte für die NATO als auch für die „NATO-Partnerschaft für den Frieden“ und für die EU! Der Feind steht im Osten. Der Feind ist Russland. Im Übrigen Umkehr der Vorfahrtsregel heißt: Wenn Sie in Personenzug sitzen, so hatte Ihr Zug bis jetzt Vorfahrt und der Militärzug musste warten. Nun ist das umgekehrt! Militär, Aufrüstung, Krieg hat Vorrang!

Es geht den USA und eben auch den großen europäischen Mächten Frankreich und Deutschland,

darum, Märkte zu sichern und auszubauen, es geht um Eroberung von Rohstoffquellen und Einflussphären, es geht um Aufrüstung und Kriege für noch mehr Profite. Um Kriege besser zu legitimieren, leichter zu finanzieren, unsere Steuergelder dafür auszugeben ohne zu viel Widerstand, versuchen die Herrschenden uns weis zu machen, dass wir bedroht sind, dass unserer Sicherheit bedroht ist, durch die Masse von Flüchtlingen, durch Terroristen – besonders durch islamische Terroristen, durch Putin, durch China. Sie versuchen eine Stimmung der Unsicherheit, der Angst zu erzeugen. Sie müssen Feindbilder schaffen, sie bauen Bedrohungsszenarien auf, innere und äußere Bedrohungsszenarien.

Zu den inneren Bedrohungsszenarien zählen die Flüchtlinge ... Äußere Bedrohungsszenarien sind der Islam, Russland und China. Unter dem Vorwand, die Überflutung durch Flüchtlinge abzuwehren, unter dem Vorwand, den Terrorismus auf der Welt zu bekämpfen, den sie in der Hauptseite selbst geschaffen und finanziert haben, unter dem Vorwand, den Völkern Freiheit, Demokratie und westliche Werte zu bringen und diese zu bewahren, geht es doch nur um eines: um noch mehr Profit für die größten Konzerne und ihre Anteilhaber, um Profit auch um den Preis weiterer Kriege bis hin zum großen Krieg! ...

Österreich wird von niemandem bedroht, doch in das, was uns alle Parteichefs und Finanziere da hineinziehen wollen, das ist höchst bedrohlich – und arbeitet erst recht den Rechten in die Hände! Die EU ist schon seit Jahren auf Rechtskurs, auf Überwachungs- und Sozialabbaukurs, auf Militarisierungskurs.

Österreich ist neutral. PESCO ist mit unserer Neutralität überhaupt nicht vereinbar, und auch nicht mit unserer staatlichen Souveränität. PESCO ist politischer Landesverrat.

Wir müssen schauen, dass wir uns aus diesen Kriegsvorbereitungen und Kriegen heraushalten. Die Neutralität ist heute wichtiger denn je, sie ist der wichtigste Beitrag den wir für die Erhaltung des Friedens leisten können!

Aufgelesen:

Kevin Kühnert auf den Punkt gebracht

Der Vorsitzende der deutschen Jungsozialisten Kevin Kühnert sorgte kürzlich für Aufregung bis in die Spitzen seiner eigenen Partei hinein. So mancher Funktionär plädierte für einen Ausschluss Kühnerts wegen seiner Ideen, in denen er seine Sicht eines sozialen Gemeinwesens darstellt. Hier eine komprimierte Zusammenfassung:

> Eine bessere Welt ist nicht nur denkbar, sondern auch realisierbar, als freie Welt freier Menschen, die kollektive Bedürfnisse in den Vordergrund stellt und nicht Profitstreben.

> Was unser Leben bestimmt, soll in der Hand der Gesellschaft sein und demokratisch von ihr bestimmt sein. Eine Welt, in der die Menschen ihren